



Ergebnisprotokoll

- Öffentliche Sitzung -

der 13. Sitzung der Kinder- und Jugendkommission

in der 18. Legislaturperiode

Datum: 16. März 2022

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 17:05 Uhr

Sitzungsort: Video- /Telefonkonferenz über das Tool Zoom

Teilnehmer/-innen: Herr Alt, Herr Bajus, Frau Jahnke, Frau Laging-Yilmaz, Frau Seeck, Frau Rump, Herr Schmidt, Frau Voigts, Frau Witte.

Nicht stimmberechtigt: Frau Bludau, Herr Bode, Frau Thomas, Herr Schröer, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen der Uni Hildesheim

Sitzungsleitung: Johannes Schmidt

Technische Moderation: Vera Seeck

Geschäftsführung: Heike Bludau

Anlagen zum Protokoll:

- Präsentation Ergebnisse der JuCo III-Studie – Erfahrungen junger Menschen während der Corona-Pandemie im Winter 2021
- Offener Brief "Kinder und Jugendliche jetzt unterstützen - Kinder- und Jugendpolitik angesichts des aktuellen Krieges in der Ukraine"
- Präsentation Stand des „Pilotprojekt zur Erarbeitung von Schnittstellen zwischen einer zentralen Anlaufstruktur und regionalen niedrigschwelligen Erreichbarkeiten“-Aufbau von ombudtschaftlichen Infrastrukturen in Niedersachsen
- „Erst Corona, jetzt der Krieg...“ – Aufwachsen unter besonderen Belastungen
Appell zur Solidarität mit allen jungen Menschen in Niedersachsen in Krisenzeiten



Tagesordnung für die Sitzung 18/13 der Kinder- und Jugendkommission Am 16. März 2022

Öffentliche Sitzung

TOP	Inhalt	Beginn	Vortrag durch
1	Begrüßung durch den Vorsitzenden	14:00	Herr Schmidt (Vorsitzender)
2	Feststellung der Beschlussfähigkeit	14:03	
3	Genehmigung der Tagesordnung	14:05	Herr Schmidt
4	Genehmigung des Protokolls von der Sitzung vom 03. November 2021	14:08	Herr Schmidt
5	Stand des „Pilotprojekt zur Erarbeitung von Schnittstellen zwischen einer zentralen Anlaufstruktur und regionalen niedrighschwelligen Erreichbarkeiten“- Aufbau von ombudschäftlichen Infrastrukturen in Niedersachsen	14:10	Herr Hagen, Sprecher des Pilotprojektes u. Vertreter: innen der Uni HI
6	„Junge Menschen in Corona-Zeiten“ -- zum Thema "Corona-Auswirkungen auf die psychische Gesundheit/Verfassung der Kinder und Jugendlichen"	14:40	Referentin: Frau Dr. Thomas Uni HI
7	"Kinder und Jugendliche jetzt unterstützen - Kinder- und Jugendpolitik angesichts des aktuellen Krieges in der Ukraine" Offener Brief der AGJÄ	16:10	Herr Schmidt
8	Information der Geschäftsführung: Länderübergreifendes Vernetzungstreffen der Kinderkommission und Länderbeauftragten	16:45	Herr Schmidt/Frau Bludau
9	Verschiedenes:	16:50	Herr Schmidt
	Sitzungsende	17:00	



TOP 1 - Begrüßung durch den Vorsitzenden

Die Begrüßung der online stattfindenden Sitzung erfolgt durch den Vorsitzenden Herrn Schmidt.

Frau Laging-Yilmaz und Frau Jahnke vertreten stimmberechtigt die entschuldigten Mitglieder in dieser Sitzung.

Als Gäste wurden Vertreter der Universität Hildesheim, Frau Thomas als Referentin der JuCo III-Studie sowie des PONDS-Teams Frau Tamphorn und Herr Hagemeyer unter der Leitung von Herrn Schröer und Herr Bode vom NLJA begrüßt, so wie Herr Jachting, der im Rahmen der Umsetzung des Konzeptes zur digitalen Öffentlichkeitsarbeit die Sitzung begleitet.

TOP 2 - Feststellung der Beschlussfähigkeit

Folgende Personen waren entschuldigt: Herr Berenzen, Herr Hagen Frau Hopmann, Herr Raulfs, Frau Schütze, Herr Weritz, Herr Walzel, zudem ist Herr Nowakowic als Mitglied zurückgetreten – hier gilt die Vertretungsregelung

Herr Walzel wird durch Frau Rump vertreten.

Frau Laging-Yilmaz, Frau Jahnke vertreten stimmberechtigt die entschuldigten Mitglieder in dieser Sitzung.

Herr Schmidt stellt somit die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (9 von 13 stimmberechtigten Personen).

TOP 3 - Genehmigung der Tagesordnung

Die Auswahl der Themen für das Jahr 2022 wird aufgrund der zwei bereits beschlossenen Themen und des kurzen Arbeitsjahres der KiJuKo bis zur Landtagswahl am 09. Oktober 2022 einstimmig vom Vorstand von der Tagesordnung gestrichen.

Die im Vorfeld schriftliche Themenabfrage an die Mitglieder ergab keine weiteren Themenwünsche

Folgende Änderungen in der Anordnung der Tagesordnungspunkte sind besprochen worden:



Zudem wird der TOP 7 "**Kinder und Jugendliche jetzt unterstützen - Kinder- und Jugendpolitik angesichts des aktuellen Krieges in der Ukraine**" Offener Brief der **AGJÄ** vorgezogen und somit zu TOP 5.

Im Nachgang wird der Tagesordnungspunkt von Frau Thomas „**Junge Menschen in Corona-Zeiten**“ zum Thema "**Corona-Auswirkungen auf die psychische Gesundheit/Verfassung der Kinder und Jugendlichen**“ als TOP 6 nach vorne gezogen. Der Beitrag von Herrn Schröder **Stand des „Pilotprojekts zur Erarbeitung von Schnittstellen zwischen einer zentralen Anlaufstruktur und regionalen niedrigschwelligen Erreichbarkeiten“ - Aufbau von ombudtschaftlichen Infrastrukturen in Niedersachsen** wird somit zu TOP 7.

Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung der TOPs hiernach einstimmig verabschiedet.

TOP 4 - Genehmigung des Protokolls von der Sitzung vom 03. November 2021

Das Protokoll der Sitzung vom 30.11.2021 wird (einstimmig, mit zwei Enthaltungen) angenommen.

TOP 5 - "Kinder und Jugendliche jetzt unterstützen - Kinder- und Jugendpolitik angesichts des aktuellen Krieges in der Ukraine" Offener Brief der AGJÄ

Frau Voigts regte kurzfristig ein Positionspapier mit einem Appell zur Solidarität mit allen jungen Menschen in Niedersachsen in Krisenzeiten an. Diese wurde den Mitgliedern offiziell am Tag der Sitzung durch die Geschäftsstelle der KiJuKo zugesandt. Während der Sitzung werden nun kleinere Änderungen bei den Quellen sowie bei Formulierungen und der Struktur bearbeitet. Herr Schmidt hat dafür ein Zeitfenster in der Sitzung zugestanden.

Nach einem Diskurs über die Inhalte des Positionspapiers wurden folgende Änderungen im Text eingearbeitet:

Das Wort „Diskussionspartner“ wird in „Gesprächspartner“ geändert. In Bezug auf die Formulierung Maskenregelung, sind die Formulierung, dass Kinder und Jugendliche „nicht die letzten“ seien dürften, in „die ersten“ sein müssten, die bei Lockerungen eintreten, in die Forderung umgewandelt wird.

Folgende weitere Änderungen wurden vorgenommen: Alle (unbegleiteten) Kinder und Jugendlichen brauchen den vollen, ihnen zustehenden Kinderrechtsschutz und



entsprechende Versorgung und Betreuung. Aus Gründen des Kinderschutzes sollen unbegleitete oder allein reisende Kinder und Jugendliche in Gastfamilien nur unter Beteiligung der örtlichen Jugendämter untergebracht werden. Frauen mit Kindern und allein reisende Kinder- und Jugendliche sowie Hilfsinitiativen und Vereine sind dafür zu sensibilisieren, dass ihre Situation von Ausbeuter*innen und Menschenhändler*innen ausgenutzt werden können.

Die Formulierung „Wir schaffen das“ wurde gelöscht und in folgende Formulierung geändert:

– Der Appell gilt für alle Kinder und Jugendliche auch syrische und afghanische. Zudem sind Kita-Plätze in Niedersachsen nicht ausreichend vorhanden, um die geflüchteten Kinder aufzufangen. Wir müssen eine Flexibilisierung durch Spielgruppen ermöglichen.

Beschluss Die Kommission bittet Frau Voigt diese aufgeführten Änderungen vorzunehmen, so dass die Sinnhaftigkeit und vor allem der Aufbau des Appells bestehen bleibt. Beides wird einstimmig beschlossen.

Im Nachgang soll der Appell breitflächig von der Geschäftsführung an die Medien versendet werden.

TOP 6 - „Junge Menschen in Corona-Zeiten“ – zum Thema "Corona-Auswirkungen auf die psychische Gesundheit/Verfassung der Kinder und Jugendlichen"

Frau Thomas von der Universität Hildesheim berichtet über die Ergebnisse der JuCo III Studie. Hierbei wird die Perspektive der Kinder und Jugendrechte eingenommen. Es wird festgestellt, dass Jugendliche immer noch nicht ausreichend zu Wort kommen. Sie werden kaum als Akteur*innen wahrgenommen.

Zudem sind Studien kein gutes Sprachrohr für politische Äußerungen – trotzdem wird im Subtext der Freifeld-Befragungen politische Forderungen zu finden sein. Schon JuCo I zeigte eine Zunahme an Digitalität bei den Jugendlichen. Zudem brauchen junge Menschen Bestärkung und auch die Gelegenheit sich wieder in Präsenz zu treffen.

Die Studie zeigt, dass die Bedeutung von Peers und Hobbies wichtig fürs Wohlbefinden bleiben. Auch lässt sich nachweisen, dass psychische und finanziellen Sorgen zwischen den Studien JuCo II und III nochmals zugenommen haben.

Auch der Diskurs zur Einsamkeit, welcher häufig im Alter geführt wird, muss einen Blick auf Kinder und Jugendliche bekommen. Diese Altersgruppe kommt nämlich selten bis gar nicht



vor. Im Zuge dessen ist es nötig, niedrighschwellige Beratungen für Kinder und Jugendliche zu schaffen, die keine Vertrauenspersonen haben.

Mögliche Handlungsschritte und Aspekte werden von Frau Dr. Thomas angeregt beziehungsweise hervorgehoben:

- Einschätzung, ob junge Menschen gehört werden, wird eher verneint
- Appell Beteiligungsmöglichkeiten zu erhöhen - gerade in politischen Gremien und vor allem in Schulen
- Erfahrungen von jungen Menschen während der Pandemie nicht entwerfen!
- Jungen Menschen müssen soziale Beziehungen ermöglicht werden
- Kinder- und Jugendhilfe muss offensiv auf Kinder, Jugendliche und Familien während der Pandemie zugehen
- Bildungschancen dürfen nicht noch ungleicher verteilt werden
- Freizeit als Element sozialer Teilhabe stärken
- Beratung & soziale sowie materielle Unterstützung verbessern?
- Mehr Wissen um Bedarfe von jungen Menschen und Familien erarbeiten

In einem anschließenden Diskurs besteht Einigkeit darin, dass es wichtig ist weiter zu forschen, um das Thema in die Öffentlichkeit zu transportieren.

Die Daten sollen erstmal veröffentlicht werden, ein politisches Papier soll folgen. Die Idee, dass die KiJUKo sich in der nächsten Sitzung diesem Thema annimmt, daraus Handlungsempfehlungen erarbeitet und diese im Nachgang veröffentlicht, wird unterstützt. Zudem sei es spannend, die Studie auf junge Menschen auszuweiten/zu fokussieren, die in prekären Lebenslagen unterwegs sind sowie die Alterskohorte der jetzt 14-16-Jährigen zu befragen.

Diese Ausweitung der Studie untermauerte auch Herr Schmidt, auch einen weiteren Forschungsauftrag von der KiJuKo in Auftrag zu geben. Es stehen ausreichend Haushaltsmittel zur Verfügung.

Frau Bludau merkt an, dass dieses Vorhaben aufgrund der kurzen Zeit bis zum Ende der Legislaturperiode – 09. Oktober - sehr knapp werden könnte, da die Vergabe eines neuen Forschungsauftrages einem Ausschreibungsverfahren vorausgeschaltet ist.

Weitere Überlegungen waren eine Vernetzung der Universitäten HAWK der Standorte Hildesheim und Hamburg. Diese Überlegung wird weiterhin nach der Sitzung von den zuständigen Wissenschaftlern verfolgt.



Es wird beschlossen, diesen Tagesordnungspunkt auf der nächsten Sitzung aufzugreifen.

TOP 7 - Stand des „Pilotprojekt zur Erarbeitung von Schnittstellen zwischen einer zentralen Anlaufstruktur und regionalen niedrigschwelligen Erreichbarkeiten“- Aufbau von ombudsschaftlichen Infrastrukturen in Niedersachsen

Das Forschungsteam der Uni Hildesheim stellen den derzeitigen Stand und die weiteren Vorgehensweisen zu dem Projekt vor. Es handelt sich hier um eine Leuchtturmstudie. Es wird aufgezeigt, wie die ombudsschaftlichen Infrastrukturen in Deutschland vorzufinden sind.

Die Ombudsschaftliche Beratungsstruktur stellt sich in Deutschland sehr unterschiedlich dar, dies spiegelt sich im Fachstandard und den Strukturen wieder. Es gibt kaum eine Deckung für Bedarfe der Kinder und Jugendlichen, kaum Niedrigschwelligkeit und kaum gänzliche Abdeckung für alle SGB VIII-Bereiche. Außerdem muss die Unabhängigkeit der Ombudsstellen ständig überprüft und immer wieder hergestellt werden.

Alle Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe müssen in Zukunft in die ombudsschaftliche Beratung einbezogen werden. Dieses ist gesetzlich untermauert und muss bedacht werden. Die Umsetzung des KJSG ist eine große Herausforderung für alle Akteure und auf allen Ebenen.

Nach der Vorstellung der Uni Hildesheim fand ein fachlicher Diskurs mit der Kommission statt, in dem klärende Fragen beantwortet wurden.

Es stellen sich die Fragen, wie die Kinder an die Beratungsstelle herankommen und wie wir in die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen kommen?

Die Statistik zeigt auf, dass Kinder unter 16 Jahren keine Ombudsstellen aufsuchen. Diese werden bisher nur von Jugendlichen und jungen Erwachsene aufgesucht.

Es bestand Einigkeit, dass dieser Zugang nur möglich ist, vor Ort niederschwellige Strukturen zu schaffen bzw. diese zu nutzen und aufzubauen. Es wurden Beispiele für niederschwellige Zugänge wie z.B. über Schulen, Kitas, offene Kinder und Jugendarbeit gegeben. Der Gelingensfaktor für ombudsschaftliche Beratung muss eine lokale Vernetzung sein.

Eine Vernetzung kann nicht gelingen, wenn in unserem Flächenland Niedersachsen die Angebotsstruktur zu großflächig angelegt.



In einer weiteren Diskussion wurden darauf hingewiesen, keine parallelen Strukturen zwischen Ombudsstellen und der ASD/KSD aufzubauen. Hierzu stellte das Forschungsteam der Uni Hildesheim Klarheit her, die ombudsschaftlichen Stellen können und dürfen nicht den ASD ersetzen, hier liegen völlig unterschiedliche Aufgabenfelder vor. Die Ombudsschaftliche Beratung muss als Klärungsinstitution bei einem Streit zwischen dem Jugendlichen oder dem Kind und der Institution, z.B. dem Jugendamt, verstanden werden.

Zudem muss mehr Unterstützung für bestehende Strukturen geschaffen werden.

Die Kommission sah die Begrifflichkeit „Ombudsschaft“ für die Zielgruppe Kinder und Jugendliche als zu schwer an und um diese mit Inhalt zu füllen.

TOP 8 - Information der Geschäftsführung: Länderübergreifendes Vernetzungstreffen der Kinderkommission und Länderbeauftragten

Es ist ein Länderübergreifendes Vernetzungstreffen der Kinderkommission und Länderbeauftragten zur Mitte des Jahres in Präsenz anzustreben, geplant. Frau Bludau informiert über den derzeitigen Stand, dass die neue KiKo des Bundes derzeit noch nicht konstituiert ist und der Bürovorstand der KiKo des Bundes regelmäßig Frau Bludau über den aktuellen Stand auf dem Laufenden hält. Sobald die Konstituierung stattgefunden hat, wird das Thema eines länderübergreifenden Vernetzungstreffen der Kinderkommission und Länderbeauftragten abgestimmt.

Das Ziel sollte ein jährlich stattfindendes Länderübergreifendes Vernetzungstreffen der Kinderkommission und Länderbeauftragten sein. Als Vergleich ist das Erfolgsmodell der Frühen Hilfen anzusehen, welche ebenfalls ein regelmäßiges Bund-Länder-Austauschtreffen mit einer klaren Tagesordnung durchführen.

Das jährlich gesetzlich festgelegte Budget der KiJuKo beträgt auch in 2022: 20 TD.Euro der Kosten für die Umsetzung des Konzeptes für Öffentlichkeitsarbeit von 3.500 TD Euro.

Herr Jachting wird im Rahmen des Konzeptes für Öffentlichkeitsarbeit die KiJuKo weiterhin bei LPKs und dem Ländertreffen der KiKos begleiten und diese Arbeit aufarbeiten.

Der Tag der Niedersachsens findet vom 10.–12. Juni 2022 in Hannover statt. Die Kommission stimmte über eine Teilnahme ab.

Beschluss: Am Tag der Niedersachsen wird die KiJuKo nicht teilnehmen.



TOP 9 - Verschiedenes

Es wurde darum gebeten, zukünftig grundsätzlich die Vorlagen eine Woche im Voraus einzureichen

Sitzungsende 17:05 Uhr.

gez. Schmidt, Vorsitzender

Nds. Kinder- und Jugendkommission

gez. Bludau, Geschäftsführerin

Nds. Kinder- und Jugendkommission